

10. Oktober 2002

Prokop bei Tagung über Beschäftigungsprojekte: Brauchen kreative und regional vertretbare Lösungen

„Ziel Integration? Entwicklung in NÖ Beschäftigungsprojekten“. Mit dieser Frage und mit möglichen Antworten darauf beschäftigte sich gestern in St.Pölten eine Fachtagung, die von der NÖ Arbeiterkammer und vom Netzwerk der NÖ Beschäftigungsprojekte gemeinsam abgehalten wurde.

Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der NÖ Arbeiterkammer, Josef Hesoun, habe man einen neuen Begriff für die Arbeitsvermittlung gefunden, nämlich die Arbeitsinitiative, sagte Prokop zu „Maßnahmen zur langfristigen Integration am Arbeitsmarkt aus Perspektive des Landes Niederösterreich und Alternativen für Menschen, die nicht mehr in den Arbeitsmarkt integrierbar sind“. Mittlerweile habe man vor allem im Gespräch mit den Sozialpartnern Einiges erreicht. Die Verantwortlichen hätten jetzt in Österreich in der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr Geld zur Verfügung. Der NÖ Beschäftigungspakt, der seit drei Jahren existiere, habe den Projekten frische Impulse gegeben: Habe man im Jahr 2000 15,4 Millionen Euro für insgesamt 847 Arbeitsplätze in den jeweiligen Beschäftigungsprojekten ausgegeben, so sei im Jahr 2001 eine Budgetsteigerung um 9 Prozent auf 17,1 Millionen Euro für 1.013 Arbeitsplätze erfolgt. Auch die Planzahlen im Jahr 2002 weisen einen neuerlichen Zuwachs um 7 Prozent auf über 18 Millionen Euro aus. Gerade bei der Beschäftigung von Frauen liege Niederösterreich sehr gut im Bundesländervergleich, argumentierte Prokop. Derzeit stünde man vor neuen Herausforderungen, da die konjunkturelle Entwicklung am Arbeitsmarkt sich wieder verschlechtert habe. Dadurch entstehe auch ein vermehrter Druck auf Beschäftigungsprojekte und auf Transitarbeitsplätze. Gemeinsame Aufgabe aller Verantwortlichen sei deshalb, innerhalb des NÖ Beschäftigungspakts kreative und regional vertretbare Lösungen zu finden. Das Land Niederösterreich habe sich verpflichtet, ein Drittel der Lohnkosten der Transitarbeitskräfte in den Beschäftigungsprojekten zu übernehmen. Die Integration in den Arbeitsmarkt könne aber nur gelingen, wenn die Menschen selbst bereit seien, ein Arbeitsverhältnis auf Dauer einzugehen.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at